

Antrag 17/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Servicegesellschaften abschaffen – Tarifbindung stärken!**

1 Immer mehr Unternehmen nutzen die Möglichkeit der
2 Ausgründung von Dienstleistungen und Personalkosten.
3 Ziel ist die Reduktion von Kosten und eine Flexibilisierung
4 des Personaleinsatzes.

5
6 Im Krankenhausbereich setzte durch den steigenden Kos-
7 tendruck bereits in den 80er Jahren eine massive Aus-
8 gliederungswelle ein. Durch die Fremdvergabe bestimm-
9 ter Leistungen konnten bereits Kosten gesenkt werden.
10 Um auch noch die Umsatzsteuer einzusparen, gibt es die
11 Möglichkeit der Gründung einer Servicegesellschaft un-
12 ter der Voraussetzung einer umsatzsteuerlichen Organ-
13 schaft i. S. d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG. Das heißt vereinfacht,
14 dass der*die Träger*in in finanzieller, organisatorischer
15 und wirtschaftlicher Form an der Servicegesellschaft be-
16 teiligt ist, also in gewisser Weise einen Unternehmens-
17 zweig gründet.

18
19 Durch die Ausgliederung von bestimmten Dienstleistun-
20 gen in Tochterunternehmen oder Servicegesellschaften
21 kann die Tarifbindung des Ursprungsunternehmens um-
22 gangen werden. Damit verschlechtern sich meistens die
23 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Zum einen be-
24 steht für die Träger*innen Spielraum bei der Befristung
25 von Verträgen. Beschäftigte in Servicegesellschaften ha-
26 ben häufig befristete Verträge und werden am Ende der
27 Befristung gekündigt. Sie arbeiten zu deutlich niedrige-
28 ren Löhnen als Beschäftigte im Hauptbetrieb. Auch bei Ur-
29 laub, Weihnachtsgeld und Schichtzulagen kann das Un-
30 ternehmen in Servicegesellschaften Geld sparen. Dadurch
31 entsteht zwischen Beschäftigten, die innerhalb eines Be-
32etriebes zu unterschiedlichen Bedingungen arbeiten, Frust
33 und Entfremdung. Das erschwert auch eine Organisation
34 von Arbeitnehmer*innen in Gewerkschaften.

35
36 Die SPD hat in Berlin bereits die Rückführung der Service-
37 gesellschaften von Charité, Vivantes und BVG beschlos-
38 sen. Doch in Berlin arbeiten noch viele Arbeitnehmer*in-
39 nen unter prekären Bedingungen in Servicegesellschaften
40 von Stiftungen, Krankenhäusern, Altenheimen und ande-
41 ren Unternehmensformen.

42
43 Wir fordern daher:
44 • Verbot der Ausgründung von Dienstleistungen in
45 Servicegesellschaften
46 • Abschaffung der steuerlichen Anreize zur Ausgrün-
47 dung von Dienstleistungen in Servicegesellschaften
48 (Umsatzsteuer)

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: AfA, FA VII - Wirtschaft und Arbeit (Kon-
sens)**

- 49 • Stärkung der Tarifbindung durch die Einführung der
- 50 unternehmerischen Einheit zwischen Mutterunter-
- 51 nehmen und Ausgründungen
- 52 • Rückführung von allen Servicegesellschaften kom-
- 53 munalen Unternehmen und Gesellschaften unter
- 54 Berücksichtigung der Erfahrungsstufen der Beschäf-
- 55 tigten bei Lohnverhandlungen und einer Arbeits-
- 56 platzgarantie für alle bisher bei den Servicegesell-
- 57 schaften beschäftigten